

## Denk-Anstöße 2010

Interessantes, Merkwürdiges und Nachdenkliches, gesammelt von Dietrich W. Thielenhaus

*Der Autor dieser Kolumne ist als Geschäftsführer der Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner GmbH (Wuppertal) beruflich nicht nur mit dem SHK-Bereich, sondern auch mit zahlreichen anderen Branchen vertraut. Für die Leser der RAS formuliert er aus seinen Erfahrungen, Einblicken und Erkenntnissen allmonatlich „Denk-Anstöße“, die über den Tag hinaus von Bedeutung sein könnten.*

Ausgabe Januar 2010

### **„Zeitbomben“**

Der Chef der Deutschen Bank hat am 2. Dezember 2009 beim Konjunkturgipfel mit der Bundesregierung – hinter verschlossenen Türen – vor weiteren Erschütterungen der weltweiten Finanzmärkte gewarnt. Neben Dubai und Griechenland stünden weitere Länder kurz vor dem Staatsbankrott. Zu den „tickenden Zeitbomben“ gehören – nach Einschätzung des Spitzenbankers – offenbar vorrangig Irland, die Ukraine, Litauen und Lettland. Auch die Immobilienkrise in den USA sei noch nicht gelöst. Der Präsident des Instituts für Weltwirtschaft (Kiel) vergleicht die Lage mit der Gefahr eines Vulkanausbruchs. Die öffentliche Diskussion befasse sich vorrangig mit der Frage, ob und wann die Rezession überwunden sei, nicht aber mit den tiefer liegenden Problemen, die die Welt in die Krise geführt haben. Und der EZB-Präsident hat vor Demokratie gefährdenden Folgen gewarnt, sollte es in den kommenden Jahren zu einer weiteren Finanzkrise kommen. Falls die Finanzbranche nicht die richtigen Schlüsse aus den Ereignissen der beiden vergangenen Jahre ziehe, drohe der gesellschaftliche Zusammenbruch. Und die Bundeskanzlerin hat kürzlich für die Bundesregierung in Anspruch genommen, „die Welt durch koordinierte und vernünftige Konjunkturmaßnahmen vor einem wirtschaftlichen Kollaps bewahrt“ zu haben. Wörtlich hat sie angemerkt: „Wenn wir in absehbarer Zeit wieder in eine solche Krise hineinkommen, dann kommt irgendwann der Punkt, an dem die Staaten auch nicht mehr helfen können, weil sie dafür keine legitimierten Mehrheiten mehr bekommen werden.“

### **Volkseinkommen**

Die Krise hinterlässt deutliche Bremsspuren beim Volkseinkommen. Im ersten Halbjahr 2009 sind die Erträge aus Gewinnen und Vermögen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um fast 20 % geschrumpft. Dagegen ist die Bruttolohnsumme in der ersten Jahreshälfte noch um 3 % gestiegen. Der starke Einbruch der Unternehmensgewinne hat – nach Berechnungen der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung – dafür gesorgt, dass sich der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen gegenüber den Unternehmensgewinnen und Geldanlagen deutlich erhöht hat. In der prozentualen Verteilung stiegen die Bruttolöhne auf 68 %, während die Gewinne aus Unternehmen und Geldanlagen auf 32 % sanken.

### **Tacheles**

In der Finanz- und Wirtschaftskrise hat die Bundesregierung bisher hauptsächlich den Banken durch die Bereitstellung von Eigenkapital und Bürgschaften geholfen. Doch die Hoffnung, auf diese Weise den Finanzkreislauf der Wirtschaft zu

stabilisieren, erfüllte sich nicht. Auch der mit 115 Mrd. Euro ausgestattete Deutschlandfonds kommt bisher nicht flächendeckend bei den Unternehmen an. Bei einer im November durchgeführten ifo-Befragung hat sich die Hälfte der Unternehmen über erhebliche Schwierigkeiten beklagt, bei ihren Geschäftsbanken Geld auszuleihen oder bestehende Kreditlinien zu verlängern. Das Institut stellte dazu fest: „Die Finanzierungssituation der Unternehmen ist weiterhin kritisch und stellt ein Risiko für die Konjunkturerholung dar.“ Die Bundeskanzlerin sprach von einer mittlerweile „sehr kritischen Situation“ und erteilte der Realwirtschaft den gut gemeinten, in der Praxis aber kaum hilfreichen Rat, „mit den Banken Tacheles zu reden“. Zurecht verwies sie auf die kontraproduktive Wirkung der im letzten Jahr vollumfänglich in Kraft getretenen Basel II-Bestimmungen. Der IG-Metall-Vorsitzende hat es als inakzeptabel bezeichnet, wenn die Zentralbank den Banken Geld zu einem äußerst niedrigen Zinssatz bereitstelle, das die Institute dann zu 10 % und mehr verleihen würden. Und der Bundeswirtschaftsminister warnte davor, dass es im Frühjahr 2010 zu einer flächendeckenden Kreditklemme in Deutschland kommen könne. Notfalls seien „regulatorische Maßnahmen“, mit denen schon Finanzminister Steinbrück (erfolglos) gedroht hatte, unvermeidlich.

### **Bildungs-Misere**

Der Bundespräsident hat im Klartext die Lage an den deutschen Universitäten kritisiert: „Deutschlands Aufwendungen für den Hochschulbereich sind seit Jahren unterdurchschnittlich, die chronische Unterfinanzierung wird in schlechten Betreuungsquoten, maroden Gebäuden und mangelnder Infrastruktur für Forschung und Lehre sichtbar“.

### **Ausblick 2010**

Zweckoptimismus verbreitet das Institut der deutschen Wirtschaft (Köln) mit der Meldung, das Krisental sei durchschritten. 34 % der Unternehmen rechnen – laut IW – für 2010 mit wachsenden Produktionszahlen, 21 % erwarten dagegen weitere Rückgänge. Auch im Export wachse die Zuversicht. Bei den geplanten Investitionen wollen allerdings 29 % der Firmen bremsen, nur 22 % werden ihre Budgets erhöhen. 55 % wollen ihre Mitarbeiterzahl beibehalten, 17 % ihre Belegschaft sogar aufstocken. Als erfreulich stabil hat sich der deutsche Arbeitsmarkt bisher erwiesen. Vor allem das ausgeweitete Instrumentarium der Kurzarbeit hat Schlimmeres verhütet. Die deutsche Bundesbank geht für 2010 von einem BIP-Wachstum um 1,6 % aus. Im Juni 2009 hatte sie noch mit Stagnation in diesem Jahr gerechnet. Der Erholungsprozess werde auch 2011 anhalten. Die Arbeitslosigkeit werde jedoch von durchschnittlich 3,4 Mio. Personen in 2009 auf 3,8 Mio. in 2010 und 4,2 Mio. in 2011 steigen. Die Inflationsrate, die 2009 bei 0,3 % lag, werde sich mit 0,9 % in diesem Jahr und 1 % in 2011 in moderaten Grenzen halten. Aber Prognosen sind bekanntlich immer dann schwierig, wenn sie mit der Zukunft zu tun haben...

Ausgabe Februar 2010

### **„Bitte anschnallen ...“**

Eine deutliche Abschwächung der konjunkturellen Erholung meldet die Bundesbank für das vierte Quartal 2009. Das Statistische Bundesamt geht für den genannten Zeitraum von einer Stagnation aus. Der IWF warnt unterdessen vor einer zweiten Rezession in den Industriestaaten, falls man die Konjunkturförderungsmaßnahmen

zu früh beende. Die Exit-Strategie dürfe erst eingeleitet werden, wenn sich die private Nachfrage und die Arbeitsmärkte deutlich stabilisierten. Insgesamt mehren sich die Zweifel an einem V-förmigen Konjunkturverlauf. Die Aufräumarbeiten in Ländern wie den USA, Großbritannien, Irland und Spanien benötigen offenbar mehr Zeit als bisher angenommen. In der Europäischen Union, in die über 60 % der deutschen Exporte gehen, ist noch kein nachhaltiger Aufschwung in Sicht. Die Schwellenländer, die sich derzeit schneller als die Industriestaaten erholen, sind mit einem Anteil von 25 % an der Weltproduktion noch zu schwach, um die Weltwirtschaft nach vorne zu bringen. Creditreform erwartet für 2010 in Deutschland einen Anstieg der Firmeninsolvenzen von 34.300 auf 40.000. Auf die Banken rollt eine Welle neuer Abschreibungen zu, was deren Fähigkeit und Willen schwächt, neue Kredite zu vergeben. Die in diesem Jahr deutlich steigende Arbeitslosigkeit bremst die private Nachfrage. Die derzeitigen Konjunkturprognosen, die von einem BIP-Wachstum in 2010 um 1,2 bis zu 2,5 % ausgehen, basieren größtenteils auf den Erholungseffekten in 2009. Erhebliche Sorgen bereitet die explodierende Staatsverschuldung. Die Ratingagentur Moody's warnt im Jahresausblick mit dem schönen Titel „Bitte anschnallen – es kommen turbulente Zeiten“ vor der Gefahr, dass Länder am Schuldendienst scheitern. Und in der Tat: Sollte ein Staat wie Griechenland seinen Zins- und Tilgungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen, so würde dies ein Erdbeben an den Finanzmärkten auslösen. Der Euro würde einbrechen, die Zinsen sprunghaft steigen, die Konjunktur erneut einbrechen und die Währungsunion in existenzielle Nöte geraten.

### **Schockstarre**

An den Finanzmärkten geht das Gespenst des Staatsbankrotts um. Die Angst vor der Staatspleite löst die Angst vor der Bankenpleite ab. Das „Handelsblatt“ weist den Regierungen der westlichen Industriestaaten die Verantwortung für die neue Krisendimension zu: „Um einen Kollaps des Weltfinanzsystems zu vermeiden, haben Regierungen und Notenbanken seit Herbst 2008 den Banken faule Kredite und riskante Wertpapiere in Billionenhöhe abgenommen, die Märkte mit billigem Geld geflutet und Rekordkonjunkturpakete geschnürt, um die Realwirtschaft aus ihrer Schockstarre zu befreien“. Und in der Tat, die Zahlen und Fakten sind erschreckend: Nie ist die Staatsverschuldung in so vielen Ländern gleichzeitig in so kurzer Zeit so extrem gestiegen. Irland etwa rutscht von einem Haushaltsüberschuss in ein Defizit von fast 13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Ähnliche Höhen erreichten die USA und Großbritannien. Deutschland bewegt sich in Richtung eines Defizits von sechs Prozent und eines Schuldenbergs von 80 % des BIP und steht damit noch geradezu „solide“ da. Es gibt zwei Szenarien, die selbst große Staaten in ernste Probleme bringen könnten. Zum einen könnten die Zentralbanken die Zinsen so stark anheben, dass die Wirtschaft in die Rezession zurückfällt. Das könnte eine neue Serie von Bankenzusammenbrüchen auslösen, die die Regierungen womöglich nicht mehr beherrschen könnten. Das zweite Szenario besteht darin, dass die Zentralbanken die Zinsen nicht stark genug anheben, die Finanzmärkte wegen steigender Inflationsraten in Panik geraten und die Langfristzinsen in die Höhe treiben. Das würde für Banken und Regierung gleichermaßen die Refinanzierung zu einem großen Problem werden lassen.

### **Teufelskreis**

„Es ist besser, der nächsten Generation Schulden zu hinterlassen als einen Scherbenhaufen. Hätten die Staaten der westlichen Welt sich nicht im letzten Jahr massiv verschuldet, wäre die Weltwirtschaft abgestürzt wie nach 1929.“ Mit dieser

Feststellung hat ifo-Chef Hans-Werner Sinn die andauernde Suche nach dem kleineren Übel in Politik und Wirtschaftswissenschaften beschrieben. Und mit Blick auf die wachsende Kreditklemme für Unternehmen hat Sinn darauf hingewiesen, dass die Banken die Hälfte ihres Eigenkapitals in der Krise verloren hätten. Folglich müssten sie eigentlich auch ihr Bilanzvolumen um die Hälfte reduzieren, weil sonst die Eigenkapitalquote unter das aufsichtsrechtliche Minimum sinke. Das wiederum führe zwingend zur Verschärfung der Kreditklemme für Unternehmen. Um diesen Teufelskreis zu durchbrechen, müsse man die Banken notfalls dazu zwingen, sich Eigenkapital beim Staat zu besorgen. Fatalerweise mehren sich in der Krise die Situationen, wo nur noch Pest oder Cholera zu Auswahl stehen...

### **Lebensmut**

Martin Luther wird der sinnstiftende Satz zugeschrieben: „Selbst wenn morgen die Welt unterginge, so würde ich heute noch ein Apfelbäumchen pflanzen.“ Eine Großmutter begrüßt in einer ungewöhnlichen Geburtsanzeige ihr Enkelkind mit folgenden Worten: „Meine Hände werden so lange für Dich da sein, wie Du es willst. Meine Füße werden so lange für Dich da sein, wie Du es möchtest. Mein Herz aber wird so lange für Dich da sein, wie es schlägt. Willkommen in Deinem Leben!“ Vielleicht kann die gegenwärtige Krise zu einer Renaissance von Gemeinsinn, Solidarität und Verantwortungsbewusstsein beitragen.

Ausgabe März 2010

### **Armageddon**

Wie knapp die Welt im September 2008 vor dem Zusammenbruch des Finanz- und Wirtschaftssystems stand, ist von der breiten Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen worden. Das internationale Krisen-Management hat es seinerzeit zumindest geschafft, eine globale Panik mit irreversiblen Kettenreaktionen zu verhindern. Dazu hat auch der gemeinsame TV-Auftritt der Bundeskanzlerin mit ihrem Finanzminister Steinbrück beigetragen, bei dem die Einlagen der Bundesbürger für sicher erklärt worden sind. Nur einem sehr kleinen Teil der Bevölkerung ist damals gerade dadurch bewusst geworden, wie kritisch die Lage war. Steinbrück erklärte später, die Bundesregierung habe in den Abgrund geschaut. Ein anderer Bundesminister merkte an, die „Kernschmelze“ sei in Sicht gewesen. Henry Paulson, der damalige amerikanische Finanzminister, hat jetzt von einem seinerzeit „drohenden finanziellen Armageddon“ gesprochen.

### **Krise nach der Krise?**

Auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos prägte die Angst vor der Krise nach der Krise die Gesprächsrunden. Der Ökonom Ken Rogoff wies darauf hin, dass schwere Finanzkrisen meist von Staatsschuldenkrisen abgelöst würden. Die expansive Finanzpolitik zur Löschung der Flächenbrände sei nur kurzfristig vertretbar. Anschließend seien unpopuläre Schritte zur Sanierung der Staatsfinanzen notwendig, auf die Politik und Bürger jedoch nicht vorbereitet seien. Vor diesem Hintergrund rückt der noch vor zwei Jahren nur in Lehrbüchern zu findende Begriff Staatsbankrott in den Mittelpunkt der Diskussion. Was in Griechenland eigentlich schon Realität ist, breitet sich mittlerweile wie eine Giftwolke auf andere EU-Länder aus. Auch Portugal, Italien und Spanien gelten inzwischen als gefährdet. Die FAZ kommentiert: „Wer meint, nun müssten in einem Akt der Solidarität stabile Länder wie

Deutschland den schwankenden Mitgliedern helfen, der erweist der europäischen Idee einen Bärendienst, weil er zum Bruch der Verträge aufruft, die die Haftung eines Mitglieds der Währungsunion für die Schulden eines anderen ausschließt. Nichts schwächte den Euro mehr als ein Verstoß gegen das zentrale Gebot finanzpolitischer Disziplin. Dann gäbe es kein Halten mehr, für die Staatsschuldner ebenso wenig wie für Spekulanten.“

### **Handlungsbedarf**

Die amerikanische Regierung will die weitere Konzentration des Bankenmarktes durch Fusionen verhindern. Darüber hinaus soll das Trennbankensystem reaktiviert werden. Den staatlich geschützten Banken soll verboten werden, auf eigene Rechnung am Finanzmarkt zu spekulieren oder Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften zu besitzen. Welche Verwüstungen die Krise (bisher) in den USA hinterlassen hat, zeigen folgende Fakten: Der amerikanische Staat hat zur Bankenrettung 1,3 Billionen Dollar und für Konjunkturprogramme 800 Mrd. Dollar bereitgestellt. Die private Immobilienfinanzierung ist vollständig zusammengebrochen. 95 % der Kredite für Privatimmobilien flossen im Jahr 2009 durch die Hände staatlicher Institutionen. Mehr als 200 Banken gingen in der Krise pleite. Das Verhältnis der amerikanischen Staatsschulden zum Bruttoinlandsprodukt wird sich in diesem Jahr der 100-Prozent-Marke nähern und diese Marke in den ersten Monaten des nächsten Jahres überschreiten.

### **„Wertvolle“ Mitarbeiter**

Die vor einem Jahr mit britischen Steuergeldern gerettete Royal Bank of Scotland plant trotz eines Rekordverlustes von 8 Mrd. Euro in 2009, Boni in Höhe von 1,5 Mrd. Euro an ihre Top-Mitarbeiter auszuschütten. Das Institut, das mittlerweile zu 84 % dem Staat gehört, hat in einem Aktionärsbrief erklärt, „lukrative Bonuszahlungen seien notwendig, um auch in Krisenzeiten wertvolle Mitarbeiter zu halten“. Mit der Zustimmung des britischen Finanzministeriums, das durch die neu eingeführte Boni-Strafsteuer 50 % dieses Deals kassieren würde, ist zu rechnen. Angesichts dieses Skandals haben schon über 5.000 selbstständige und freiberufliche Briten einen Boykott ihrer Einkommenssteuerzahlungen erklärt. Hier entsteht eine völlig neue Form des zivilen Widerstands, die möglicherweise nicht nur dem britischen Finanzminister noch erheblich zu schaffen machen wird.

### **Weltmeister**

In diesen bewegten Zeiten freut man sich über positive Nachrichten: Bei einer internationalen Vergleichsstudie der Genfer Stiftung „World Economic Forum“ (WEF) konnte sich Deutschland in puncto Innovationsfähigkeit – zusammen mit Japan – auf Rang 1 platzieren. Es folgen die Länder Schweiz, Schweden, Finnland, USA, Dänemark, Israel, Frankreich und die Niederlande. Ausschlaggebend für das gute Abschneiden der Bundesrepublik war – erstaunlicherweise – unter anderem das Bildungssystem, das vor allem naturwissenschaftliche und technische Neuentwicklungen begünstigt. Bemerkenswert ist das Vorrücken Chinas bei dieser Untersuchung. Das Reich der Mitte hat sich – im Vergleich zur letzten Studie – deutlich auf Platz 22 verbessert. Seit 1997 haben die chinesischen Unternehmen ihre F&E-Ausgaben im Jahresdurchschnitt um fast 22 % erhöht. Es ist sicherlich kein Zufall, dass Deutschland den Exportweltmeister-Titel im Jahr 2009 (wohl dauerhaft) an China verloren hat. Zum Trost sei angemerkt: Beim Verabschieden der zahlreichen (mehr oder weniger sinnvollen) Gesetze ist Deutschland weiterhin Weltmeister. Nach Angaben der Deutschen Gesellschaft für Gesetzgebung

entstehen hierzulande 40 % der weltweiten Rechtsliteratur.

Ausgabe April 2010

### **Am Limit**

Die explodierende Neuverschuldung der Staaten gerät aus den Fugen. Allein die neu herausgegebenen Anleihen der EU-Länder sind seit 2008 von 650 Mrd. auf rund 1.000 Mrd. Euro in diesem Jahr gestiegen. Die Relation von jährlichen Steuereinnahmen und Zinsverpflichtungen gilt als Indikator für ein Abrutschen in die Staatspleite. Paul Kirchhof hat die Lage der europäischen Demokratien so auf den Punkt gebracht: „Überall haben die Bürger ihre Hoffnungen auf den Griff in die Staatskasse zu Ansprüchen verdichtet, die die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Gemeinwesens übersteigen. Und auch in Deutschland flüstert ihnen die Politik dabei zu: Es könnte eigentlich mehr sein. Mehr Sozialhilfe, mehr Subventionen, höhere Steuererleichterungen. Dieses System bedroht den Zusammenhalt in den Einzelstaaten, und es ist eine Gefahr für die Einigung Europas.“

### **Der Fall Griechenland(s)**

Die Schuldenkrise hat hinter den Kulissen der EU Aktionismus, Ratlosigkeit und auch Panik ausgelöst. Vor allem die Entwicklung in Griechenland hat den Euro gegenüber dem US-Dollar deutlich fallen lassen. Allen öffentlichen Verlautbarungen der Bundesregierung und der EU-Kommission zum Trotz werden vor allem die deutschen Steuerzahler für den hellenistischen Schlendrian erheblich zur Kasse gebeten werden. Obwohl die mit mittlerweile 300 Mrd. Euro verschuldeten Griechen durch exzessive Korruption, geduldeten Subventionsbetrug und gefälschte Defizit-Meldungen gegen nahezu alle Spielregeln verstoßen haben, wird die Politik unter Hinweis auf das „systemische“ Kettenreaktions-Risiko durch Bereitstellung objektiv unverdienter Finanzhilfen versuchen, dass Schlimmste zu verhindern. Während internationale Spekulanten die Lage verschärfen, wächst der Druck auf die Bundesregierung, der die anderen EU-Länder – wie selbstverständlich – die Vorreiterrolle bei der Problemlösung zuweisen. Fachleute beziffern die wahrscheinlich auf Deutschland entfallenden Kredite und Garantien auf (zunächst) 5 Mrd. Euro. Bis zum Jahresende werden griechische Verbindlichkeiten in Höhe von 50 Mrd. Euro fällig. Nur am Rande: Für das laufende Jahr rechnet die Bundesregierung mit einer Rekordverschuldung von 86 Mrd. Euro und einem Anstieg der Defizitquote auf 5,5 % des BIP. Erst ab 2013 soll die Nettokreditaufnahme wieder unter dem EU-Limit bleiben. Wie Deutschland angesichts dieser traurigen Realitäten weiterhin die Rolle des europäischen Chef-Zahlmeisters spielen soll, entzieht sich jeder volkswirtschaftlich seriösen Betrachtung.

### **Sozialisierung der Schulden**

Die EU-Kommission will den fiskalpolitischen Sündenfall in der Währungsunion institutionalisieren. Auch die deutsche Bundesregierung liebäugelt mit einem EU-Währungsfonds (EWF) zur Rettung notleidender Euro-Länder. So denkt man darüber nach, das verbliebene deutsche Tafelsilber in Gestalt der Goldreserven der Bundesbank auf den noch zu gründenden EWF zu übertragen. Dagegen plädiert der Bundesbankpräsident für eine Rückkehr zu den vereinbarten Verschuldungskriterien und zum Stabilitätskonsens. Die „Wirtschaftswoche“ warnt zurecht vor einem EU-Währungsfonds, „der aus einer auf soliden Staatsfinanzen beruhenden

Staatengemeinschaft eine integrierte Schulden- und Transferunion macht – mit Deutschland als Zahlmeister“. Ein solcher Fonds schaffe den Sanktionsmechanismus des Marktes für ein fiskalisch unsolides Land ab und ersetze ihn durch das Primat der Politik. Die Kernidee, dass der EWF bei einem drohenden Staatsbankrott die Forderungen der Gläubiger aufkaufe, führe zu einer Sozialisierung der Schulden auf dem Rücken der Steuerzahler in den solide wirtschaftenden EU-Ländern.

### **„Export-Verzicht“**

Deutschland solle auf Exporte verzichten, damit wirtschaftlich schwache EU-Staaten profitieren. Die Bundesrepublik möge den Konsum und die Importe ankurbeln, um die Außenhandelsüberschüsse und „die Ungleichgewichte in der Euro-Zone“ abzubauen. All das steht im noch nicht veröffentlichten Deutschland-Bericht des italienischen OECD-Chefvolkswirts, der Deutschland sogar eine Mitschuld an den Problemen der sogenannten PIIGS-Ländern zuweist. Der luxemburgische Ministerpräsident hat die (relative) Disziplin der deutschen Tarifpartner als unfaire Exportsubvention zulasten internationaler Konkurrenten kritisiert und für Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst plädiert. Der konzeptionelle Ansatz, die (noch) relativ starken EU-Länder zu schwächen, damit die Misere der schwachen Länder weniger auffällt, zeugt von einer gleichmacherischen Geisterfahrer-Mentalität. Übrigens: Die Tatsache, dass die deutschen Exporte im Januar 2010 gegenüber dem Vormonat um 6,3 % eingebrochen sind, dürfte bei einigen Brüsseler Strategen große Freude ausgelöst haben. Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr.

### **Schöne Demokraten**

Jeder vierte Bundesbürger wünscht sich – einer Emnid-Befragung zufolge – zumindest manchmal die Mauer zurück. 16 % finden sogar: „Etwas Besseres könnte gar nicht passieren“. Und 80 % der Ostdeutschen und fast 72 % der Westbürger können sich vorstellen, im Sozialismus à la DDR zu leben. Freiheit nennen im Osten nur 28 % (West: 42 %) als wichtiges politisches Ziel. Und jeder siebte Ostdeutsche und jeder zwölfte Westdeutsche wäre sogar bereit, seine Wahlstimme für 5.000 Euro an eine beliebige Partei zu verkaufen.

Ausgabe Mai 2010

### **Tarnen und Täuschen**

Das Taktieren der Bundesregierung im Zusammenhang mit der Finanzhilfe für Griechenland hat neue Maßstäbe beim politischen Tarnen und Täuschen gesetzt. Obschon von Anbeginn klar war, dass sich Deutschland einer Vorreiterrolle bei der Subventionierung des hellenistischen Schlendrians nicht entziehen kann, hat Frau Merkel auch mit Blick auf die NRW-Wahl über Wochen hinweg sehr überzeugend die „eiserne Kanzlerin“ gemimt, die angeblich den anderen EU-Ländern ihre Vorstellungen von einem konsequenten Umgang mit Sünderländern aufgezwungen hat. Dabei konnte sie sich der großen Mehrheit in der Bevölkerung sicher sein. Und Griechenland hat x-fach wider besseren Wissens betont, keine Finanzhilfe von den anderen EU-Ländern zu benötigen und zu wünschen. Der am 25. März 2010 in Brüssel verabschiedete Nothilfeplan war Makulatur, bevor die Tinte getrocknet ist. Gesichtswahrung und Vernebelung der Fakten bestimmten das Geschehen. Zwei Wochen später war die Katze aus dem Sack: Deutschland wird – vorerst – 8,4 Mrd. Euro zum 30 Mrd.-Paket der EU für Griechenland beisteuern, obwohl die

Bundesregierung bislang direkte Finanzhilfen strikt abgelehnt hatte. Wohlgemerkt: Das Volumen von 30 Mrd. Euro wurde als Obergrenze für das erste Jahr des Programms festgelegt. Ein Limit für die Folgejahre ist nicht fixiert worden. Und immer noch wird die Lage beschönigt. Ein Vertreter der Bundesregierung verglich das milliardenschwere Rettungsprogramm mit einer Feuerwehr, die aber möglicherweise gar nicht zum Einsatz komme. Die hier verfolgte Kommunikationsstrategie ist fatal: Bis zuletzt geriert sich die Bundesregierung in der öffentlichen Wahrnehmung als Gralshüter der politischen Standhaftigkeit und Unbeugsamkeit. Auch jetzt behauptet sie noch, die Hilfszusage für die Griechen sei keine Subvention. Die traurige Wahrheit über die Ausweglosigkeit der Situation wird den Bürgern allenfalls in homöopathischen Dosierungen vermittelt. ifo-Präsident Sinn stellt fest: „Jetzt hängt Deutschland drin“. Man wisse nicht, ob Griechenland die zinsverbilligten Kredite jemals zurückzahlen werde. Und was man Griechenland gewährt habe, werde man Portugal und Spanien nicht mehr verwehren können.

### **„Alle Regierungen pleite“**

In bemerkenswerter Offenheit hat Albert Edward, der Chefstratege der französischen Großbank „Société-Générale“, vor den Folgen der explodierenden Staatsverschuldung in Europa gewarnt. Der Banker hatte bereits in den Neunziger Jahren die Asienkrise und später das Platzen der Internetblase angekündigt. Und Mitte 2005 hat er die spätere Subprime-Krise in den USA vorausgesagt. In einem Interview mit der „Wirtschaftswoche“ zeichnet Edwards jetzt ein desaströses Bild. Entweder werde die Währungsunion zusammenbrechen oder mehrere Mitgliedsländer würden austreten, was im Grunde auf dasselbe hinauslaufe. Die niedrigen Zinssätze hätten gerade in den schwachen EU-Ländern einen ungesunden Boom mit übermäßigen Lohnsteigerungen und hohen Inflationsraten ausgelöst, was jetzt die Wettbewerbsfähigkeit nachhaltig belaste. Der Druck der Finanzmärkte werde die notleidenden Länder zum Austritt aus der EU zwingen. Eigentlich seien aber „alle Regierungen pleite“. Die Defizite seien zu groß, als dass man sie über fiskalpolitische Maßnahmen in den Griff bekommen könnte. Der Versuch der Staaten, sich via Notenpresse aus der Schuldenkrise zu retten, werde zu einer Hyperinflation mit Teuerungsraten von bis zu 30 % führen. Angesichts dieser schonungslosen Analyse sah sich „Société-Générale“ gemüßigt, sich von ihrem Chefstrategen zu distanzieren. Edwards vertrete nicht die „zentrale Ansicht“ der Bank, sondern eine „alternative Sichtweise“, ließ die Bank verlauten.

### **Die Ethik der Unternehmer**

Die gegenwärtige Wirtschaftskrise wird später in vielfältiger Weise in Geschichtsbüchern thematisiert werden. Auch die Rolle der Unternehmer wird dabei untersucht werden. In der Öffentlichkeit überwiegt das indifferente Weltbild, auch die Inhaber von kleinen und mittleren Betrieben über einen Kamm zu scheren mit „den Bossen“ amerikanischer Großbanken und Hedgefonds, deren Gier und Unverantwortlichkeit die Krise ausgelöst haben. Die Realitäten sehen völlig anders aus: Gerade die mittelständische Wirtschaft ist völlig unverschuldet in schwere See geraten und kämpft in vielen Branchen ums Überleben. Verschärft wird die Lage nach wie vor durch die Zurückhaltung der Banken bei der Kreditversorgung. Mit welchem persönlichen Einsatz sich die Betroffenen um die Zukunftssicherung bemühen, zeigt eine kürzlich durchgeführte Befragung, derzufolge deutsche Unternehmer während der Rezession bisher insgesamt 14 Mrd. Euro aus privaten Ersparnissen zur Krisenbewältigung in ihre Firmen investiert haben. 31 % der Befragten habe ihre Gehälter freiwillig um im Mittelwert ein Drittel gekürzt. Und bei 35



% erhöhte sich die Arbeitszeit auf durchschnittlich 13,5 Stunden pro Tag. Nun weiß jeder Unternehmer, dass sein Wirken hierzulande eher mit Neid und Missgunst als mit Lob und Anerkennung beobachtet wird. Gleichwohl verdient die unternehmerische Verantwortung in der Krise, die sich auch im möglichst weitgehenden Erhalt von Arbeitsplätzen zeigt, Respekt. Die linken Zeitgenossen, die im mittelständischen Unternehmer nur noch eine möglichst effiziente Kreuzung von Zugpferd und Milchkuh sehen, werden sich allerdings auch durch solche Einblicke in die Realitäten der Selbstständigkeit nicht von ihren lieb gewonnenen Vorurteilen abbringen lassen.

Ausgabe Juni 2010

### **„Ruhe im Karton“**

Der EU-Krisengipfel vom 9. Mai 2010 wird als währungspolitischer Offenbarungseid in die europäische Geschichte eingehen. Eigentlich sollte an diesem Tag „nur“ das Hilfspaket für Griechenland durchgewinkt werden. Doch dann wurden in einer beispiellosen Aktion alle noch geltenden Prinzipien der Währungsunion geopfert. Mit einem gigantischen Schutzschirm von bis zu 750 Mrd. Euro wollen EU und IWF die Währung vor Spekulanten retten. Eine „Zweckgesellschaft“ soll die Gelder für maximal drei Jahre verwalten. Damit wird offenkundig das sogenannte Haftungsverbot im EU-Vertrag umgangen. Insider vermuten, dass diese Zweckgesellschaft die Vorstufe für den zurecht kritisch gesehenen Europäischen Währungsfonds darstelle. Die EU-Länder sollen 440 Mrd. Euro in Form von Kreditgarantien einbringen. Der von Deutschland zu leistende Beitrag könnte bis zu 144 Mrd. Euro erreichen. Der IWF soll bis zu 250 Mrd. bereitstellen, die EU-Kommission weitere 60 Mrd. Auch diese beiden Institutionen dürften sich im Ernstfall von Deutschland alimentieren lassen. Sarkozy hat triumphierend erklärt, diese „Notbeschlüsse“ gingen zu 95 % auf französische Vorstellungen zurück. Und er hat behauptet, die Märkte interessierten sich nicht für Rechtsgrundlagen. Mit anderen Worten: Die über Jahrzehnte durch den politisch gewollten Sozial-Ausbau aufgetürmten Staatsschulden der EU-Länder werden zu einer Art höherer Gewalt umgedeutet. Und damit wird der Bruch aller Stabilitätsregeln legitimiert. Die Aussage des EU-Kommissionspräsidenten, man werde den Euro verteidigen, „was immer es kosten mag“, kann man nur noch als Drohung verstehen. Der Bundesinnenminister kommentierte diesen blanken Aktionismus so: „Die hohe Summe von 500 Mrd. Euro insgesamt dient dazu, dass vielleicht Ruhe in den Karton kommt.“ Dass auch das 110 Mrd.-Hilfspaket für Griechenland am 10. Mai 2010 in Brüssel abgenickt worden ist, ist übrigens von den Medien nur noch als Randnote reportiert worden.

### **Opferrolle**

Der schwedische Finanzminister verglich die Attacken der Spekulanten mit dem „Verhalten von Wolfsrudeln“, die versuchten, „die schwächsten Länder zu zerreißen“. Und diese Interpretation wurde wegen ihrer populistischen Wirksamkeit auch von anderen Spitzenpolitikern gerne als Alibi-Konstruktion übernommen. Damit wird den EU-Ländern, die durch jahrelange Verletzung der Stabilitätskriterien ihre Misere selbst verschuldet haben, die Tür geöffnet, sich nun als Opfer finsterner Mächte zu gerieren und zu exculpieren. Spekulanten, so unsympathisch sie auch sein mögen, nutzen im Regelfall Ungleichgewichte, die meist durch politische Versäumnisse entstanden sind. Besser als moralische Klagen über die Missbräuche solcher

Egomane wären zweifellos supranationale Regulierungen der Finanzmärkte. Darüber wird seit 2008 in allen Gremien und Institutionen diskutiert. Auch am 10. Mai beschränkten sich die EU-Finanzminister erneut auf Ankündigungen, den Derivate-Sektor (Credit Default Swaps etc.) und die Ratingagenturen stärker an die Kandare nehmen zu wollen. Nur am Rande: Schon am 11. Mai ging der Euro wieder auf Talfahrt.

### **Verlockungen**

Zur Bekämpfung der Schuldenkrise leistet die neue „Zweckgesellschaft“ keine derzeit erkennbaren Beiträge. Sie ändert nichts an bestehenden Haushaltsdefiziten und Schuldenbergen, sondern verschafft den gefährdeten Ländern – theoretisch – allenfalls Zeit für Reformen und Sparmaßnahmen. In der Praxis könnte sich der Fonds jedoch kontraproduktiv auf die überfällige Haushaltskonsolidierung auswirken. Das Bewusstsein, im Notfall auf einen milliardenschweren Rettungsfonds zurückgreifen zu können, dürfte bei den verantwortlichen Regierungen eher den Handlungsdruck reduzieren. Es fehlen also wirklich harte Konsequenzen für diejenigen Länder, die weiterhin gegen die Stabilitätskriterien verstoßen. Doch wo und wann sollen solche Sanktionen in der völlig verfahrenen EU-Gemengelage ansetzen? Im Jahr 2009 haben nur fünf der 27 EU-Länder die Neuverschuldungsgrenze von 3 % eingehalten. Und 13 Mitgliedsstaaten wiesen Schuldenstände auf, die mehr als 60 % des jeweiligen Bruttoinlandsprodukts ausmachten.

### **Ende mit Schrecken**

„Griechenland wird ein unendlicher Leidensweg, an dessen Ende dann doch ein Staatsbankrott steht“. So hat Anton F. Börner die aktuelle Lage in einem am 10. Mai veröffentlichten Interview beschrieben und angemerkt: „Ein Zahlungsstopp und eine Umschuldung wären die vernünftigste Lösung für Griechenlands Probleme“. Der Außenhandelspräsident warnt davor, dass Spanien, Portugal und Italien die Unabhängigkeit der EZB attackieren und dazu drängen würden, die Geldpressen anzuwerfen, um die Staatsdefizite zu finanzieren. Börner weiter: „In fünf oder zehn Jahren werden wir eine Weichwährung haben.“

### **Export-Plus**

Um der Frage „Wo bleibt das Positive?“ zuvorzukommen: Trotz der äußerst schwierigen Rahmenbedingungen ist die deutsche Wirtschaft – wenn man sie lässt – dabei, Morgenluft zu schnuppern. So meldet der neueste ifo-Geschäftsklimaindex eine deutliche Belebung. Und der deutsche Export legte im März 2010 im Vergleich zum düsteren Vorjahresmonat um beachtliche 23,3 % zu, was dem größten Zuwachs seit 1992 entspricht. Die Warenlieferungen in Länder der Eurozone stiegen übrigens wertmäßig um 15,1 %, die Ausfuhren in Nicht-EU-Länder um 34,7 %.

Ausgabe Juli & August 2010

### **Fass ohne Boden**

In der aktuellen politischen Diskussion ist die Verhältnismäßigkeit abhanden gekommen. Vor allem der 750 Mrd.-Schutzschirm der EU, den Deutschland – aus heutiger Sicht – mit bis zu 144 Mrd. Euro alimentieren soll, unterminiert die Akzeptanz des „Sparpakets“ der Bundesregierung. Auch die Terminologie wirkt

zunehmend manipulativ und irreführend. Denn: Derzeit wird nicht wirklich gespart, sondern es wird lediglich ein Abbau der Neuverschuldung angekündigt. Schon die bisher eingegangenen Zahlungsverpflichtungen für überschuldete EU-Länder entziehen der deutschen Politik die Glaubwürdigkeit. Wie will man etwa dem Opel-Arbeiter den ordnungspolitisch richtigen Ansatz vermitteln, nicht auch noch mit 800 Mio. für die GM-Tochter zu bürgen, wenn die finanzpolitische Büchse der Pandora längst geöffnet ist? Und wie will man die Bürger von den objektiven Sparzwängen überzeugen, wenn sich das EU-Abenteuer als Fass ohne Boden erweist?

### **Fatale Eigendynamik**

Die Einschläge kommen näher. Innerhalb weniger Tage geisterten in der zweiten Mai-Woche Ungarn und Spanien als Pleite-Kandidaten durch die Wirtschaftspresse. Die EU hat jetzt auch Frankreich und Italien wegen ihrer hohen Schuldenstände ins Visier genommen. Und der neue japanische Ministerpräsident hat seine Landsleute vor einer drohenden Zahlungsunfähigkeit gewarnt. Noch vor einem Jahr hätte jede einzelne dieser Horrormeldungen Panik an den Börsen ausgelöst. Die Belastbarkeit bei den Akteuren ist offenbar parallel zur Risiko-Dimension gewachsen. Selbst die Ankündigung des EU-Ratspräsidenten, man könne sich vorstellen, über die 750 Mrd. Euro hinauszugehen, wird mittlerweile ratlos-lethargisch zur Kenntnis genommen. Und die Aussage des Chefvolkswirts der Deutschen Bank, die EZB drohe durch den Kauf „fauler Staatsanleihen“ zur Bad Bank der EU zu werden, hat kaum noch für Aufregung gesorgt. Fatalerweise spricht wenig für die Annahme, dass die deutsche Politik das Ausmaß und die Eigendynamik dieser Krise wirklich erkannt hat.

### **Transferunion**

Der FDP-Finanzpolitiker Hermann Otto Solms hat im Bundestag seine Nichtzustimmung damit begründet, dass der EU-Rettungsschirm das „Tor zur Transferunion“ aufstoße. Solms wörtlich: „Die institutionellen Veränderungen bedeuten einen irreversiblen Schritt hin zur Transferunion, bei der die Steuerzahler der stabilitätsorientierten Länder automatisch für die Disziplinlosigkeit und Verschwendungssucht der anderen haften.“ Angesichts dieser Fakten hat die Behauptung der Bundeskanzlerin, die Regierung schütze das Geld der Menschen in Deutschland, zumindest bei Ökonomen für Sprachlosigkeit gesorgt. Die FAZ kommentiert das seltsame Geschehen folgendermaßen: „Die Politik nährt die fatale Illusion, dass Geld nicht verdient werden muss, sondern ‚geschaffen‘ werden kann. Längst ist klar, dass die ‚griechische Krankheit‘ eine Euro-Pandemie ist. Weiter so zu tun, als seien mit staatlich abgesicherten Kreditlinien alle Probleme zu lösen, wird jedenfalls immer gefährlicher.“

### **„Mit Wetten und Schulden“**

Horst Köhler hat am 29. April 2010 eine bemerkenswerte Rede gehalten, die im medialen Pulverdampf seines Rücktritts kaum öffentliche Beachtung gefunden hat. Er appellierte dabei an die Politik, ihr Primat über die Finanzmärkte zurückzugewinnen. Zu verurteilen sei das Modell des modernen Finanzkapitalismus, der „vor allem mit Wetten und Schulden“ operiere. Eine weitere Krise des „Pumpkapitalismus“ könne die Demokratie gefährden. Köhler hat bei dieser Gelegenheit Deutschland und Frankreich aufgefordert, kraftvolle Vorschläge für ein neues Regelwerk vorzulegen. Ungedeckte Leerverkäufe und außerbörsliche Transaktionen mit hohem Fremdkapitalanteil sollten verboten werden. Scharfe Kritik übte er auch an der Finanzlobby, die alles daran setze, die überfälligen Strukturreformen zu verwässern. Es dürfe nicht sein, dass Banken zu groß seien, um

sie pleite gehen zu lassen. Derzeit entstünden schon wieder neue Finanzblasen. Um sie zu bekämpfen, seien härtere Eigenkapitalregeln für Hedgefonds und Private-Equity-Firmen sowie ein Zulassungsverfahren für Derivate erforderlich. Außerdem müssten die Akteure an den Kosten der Krise beteiligt werden. Vor allem Köhlers Forderung, die Haushaltssanierung zur „maßgebenden Staatsaufgabe der nächsten zehn Jahre zu machen und die Etatsanierung mit nachhaltigen Reformen in den Steuer- und Sozialsystemen zu verbinden“, soll im Kanzleramt wenig Begeisterung ausgelöst haben. Berliner Insider sehen in dieser kontroversen Gemengelage den eigentlichen Grund für den überraschenden Rücktritt Köhlers.

### **Gute Chancen**

Die viel zitierte Realwirtschaft bewegt sich trotz der ständigen Irritationen weiter auf Wachstumskurs. Die OECD rechnet für 2010 mit einem weltweiten Zuwachs von 4,7 %. Für Deutschland hat sie ihre BIP-Prognose – ebenso wie die Bundesbank – auf 1,9 % angehoben. Der deutsche Export soll sogar um 8,5 % zulegen. Der Auftragseingang der deutschen Industrie ist im April gegenüber dem Vormonat um 2,8 % gestiegen. Gegenüber April 2009, dem Tief der Rezession, hat sich der Auftragsbestand der Industrie um fast 30 % erholt. Die Commerzbank relativiert ihre etwas euphorische Analyse „Die Industrie boomt weiter“ durch den Hinweis, dass die Chancen für ein ebenfalls starkes zweites Halbjahr steigen würden, wenn es nicht zu einem neuerlichen Unsicherheitsschock komme.

Ausgabe September 2010

### **Gekaufter Boom**

Der aktuelle Wirtschaftsboom ist das Resultat einer Krisenbewältigung nach John Maynard Keynes. Die Rezessionsgefahr ist mit staatlichen Ausgabenprogrammen in beispielloser Höhe bekämpft worden. Die große Koalition hat 480 Mrd. Euro für notleidende Banken und 115 Mrd. Euro für finanzschwache Unternehmen bereitgestellt sowie über 80 Mrd. in die heimische Konjunkturförderung investiert. Ein Wirtschaftsweiser kommentiert: „Die öffentlichen Haushalte haben den Laden in Schwung gehalten.“ Bei der gegenwärtigen Euphorie wird verdrängt, dass wir alle den Preis für die gigantische Neuverschuldung zahlen müssen. In Bund, Ländern und Gemeinden hat die kreative Suche nach Erhöhungen von Steuern und Abgaben längst begonnen. Einer Umfrage zufolge will beispielsweise fast jede zweite deutsche Kommune 2011 die Grundsteuern für Immobilien erhöhen. Außerdem wird der Fiskus Fluggäste, Krankenversicherte und „Besserverdiener“ stärker zur Kasse bitten. Die SPD hat die Wiedereinführung der Vermögenssteuer verlangt. Ein Spitzengewerkschaftler fordert eine staatliche Zwangsanleihe für vermögende Bürger, mit der schon die Weimarer Republik de facto enteignet hatte. Die große Koalition der populistischen Politiker aller Parteien hat erkannt, dass ernsthafte Sparbemühungen Wählerstimmen kosten können. Da scheint es einfacher, die Steuerschraube bei denen, die schon jetzt am meisten zu zahlen haben, weiter anzuziehen.

### **Rote Zahlen**

Dass noch kein Anlass zur allgemeinen Entspannung besteht, zeigt eine neue DIHK-Umfrage. Danach schreibt derzeit jedes zweite der befragten Unternehmen rote Zahlen. Zwei Drittel der Firmen gaben an, erhöhten Liquiditätsbedarf zu haben.

Benötigt wird das Geld vor allem für den laufenden Betrieb (54 % der Nennungen), für Investitionen (44 %) oder für die Vorfinanzierung neuer Aufträge (41 %). 48 % der Betriebe greifen auf bestehende Kreditlinien zurück, 21 % finanzieren sich aus ihrem Kapitalstock und 22 % müssen sogar private Rücklagen einsetzen. Und: 42 % der Firmen verfügen immer noch nicht über ein professionelles Liquiditätsmanagement.

### **Kleinster Nenner**

Die politisch gewollte „Harmonisierung“, sprich Vereinheitlichung von Strukturen und Gesetzen in den EU-Mitgliedsländern, führt für Deutschland immer öfter zu Verschlechterungen des erreichten Status. Ein skandalöses Beispiel verkörpern die von der EU erzwungenen Einschränkungen bei der Sicherungsverwahrung für Sexualstraftäter. Jetzt ist die EU-Kommission dabei, die nahezu unbegrenzte Garantie deutscher Banken für private Spareinlagen zu unterminieren. Stattdessen soll der Einlagenschutz europaweit vereinheitlicht werden. Schon früher hat sich gezeigt, dass der kleinste gemeinsame europäische Nenner für Länder wie die Bundesrepublik häufig Rückschritt bedeutet. Ansonsten wollen die Brüsseler Bürokraten mehr denn je das Beste der EU-Bürger, nämlich ihr Geld. Kommissionschef Barroso wollte den EU-Haushalt 2011 um 6 % auf 130 Mrd. Euro aufstocken. Deutschland, das mit etwa 20 % den größten Teil trägt, hätte dann nochmals fast 1,5 Mrd. Euro drauflegen müssen. Vor allem die Nehmerländer unterstützten das Vorhaben aus nachvollziehbaren Motiven. Jetzt hat man sich auf eine Budgeterhöhung um zunächst 3 % geeinigt. Auch hier ist also kein ernsthafter Sparwille mehrheitsfähig. Im Gegenteil: Derzeit plant die Kommission, sich durch die Einführung einer EU-Steuer direkten fiskalischen Zugriff auf die Bürger zu verschaffen.

### **Haftungsgemeinschaft**

Eine Gruppe von Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlern um den Tübinger Ökonomen Joachim Starbatty hat ihre Verfassungsbeschwerde gegen den Euro-Rettungsschirm ausgeweitet, mit dem die Bundesregierung Garantien für Kredite an EU-Länder von bis zu 148 Mrd. Euro bewilligt hat. Der frühere Hamburger Wirtschaftssenator Wilhelm Nölling, der wie die Professoren Wilhelm Hankel und Karl Albrecht Schatzschneider zu den Klägern zählt, bezeichnete es als „Märchen“, dass Deutschland von der Währungsunion besonders profitiert habe. Deutschland und Europa würden ausbluten und der Lebensstandard sinken, wenn vor allem der deutsche Steuerzahler auf unbegrenzte Zeit die Finanzierung anderer Staaten mitbezahlen müsse. Hankel sprach sogar von „einem kriminellen Umgang mit unserer Verfassung und den europäischen Verträgen“. Ein weiterer Kläger, der Berliner Finanz- und Rechtswissenschaftler Markus C. Kerber, wendet sich „gegen die Umwandlung der Währungsunion in eine Haftungsgemeinschaft durch ein Generalermächtigungsgesetz“ und hofft auf eine „Bürgerrevolte“. Was muss geschehen sein, wenn seriöse Wissenschaftler Anlass sehen für derartige Formulierungen? Das Bundesverfassungsgericht hat bislang übrigens lediglich Anträge auf einstweilige Anordnungen abgelehnt, aber noch nicht inhaltlich über die Klagen entschieden.

### **Pietät der Bürokraten**

Ein Witwer, dessen Frau im Krankenhaus nach vergeblicher Behandlung einer Krebserkrankung erlegen ist, erhält mit der Post eine an seine (tote) Ehefrau gerichtete Hospitalrechnung über 20.000 Euro. In dem beigefügten Protokoll ist als Entlassungsgrund angegeben: „verstorben“. Ist es eigentlich zu viel verlangt, nicht

nur von Ärzten und Krankenschwestern, sondern auch von der Krankenhaus-Verwaltung ein Mindestmaß an Mitgefühl und Rücksichtnahme zu erwarten?

Ausgabe Oktober 2010

### **BIP, BIP, Hurra!**

Im August hat die Begeisterung über die (vermeintliche) Überwindung der Krise euphorische Dimensionen angenommen. In den Medien war vom „Aufschwung XL“, „Rekord-Boom“, „Party-Laune in der Wirtschaft“ und „brummender Konjunktur“ zu lesen und zu hören. Tatsächlich legte die Wirtschaftsleistung im zweiten Vierteljahr 2010 bereinigt um 2,2 % zu, was dem größten Quartalssprung seit 1987 entspricht. Der Bundeswirtschaftsminister sieht für das Gesamtjahr „ein Wachstum von weit über 2 %“ im Bereich des Möglichen. Brüderle weiter: „Was sich offenkundig auszahlt, ist eine nach vorne gerichtete Wachstumsstrategie, bei der sich der Staat zurücknimmt, bewährten ordnungspolitischen Grundsätzen wieder Geltung verschafft und Raum für die Leistungsfähigkeit seiner Bürger und Bürgerinnen lässt.“ Einige Konjunkturforscher und Banken haben ihre BIP-Prognosen schon auf über 3 % erhöht. Die KfW rechnet mittlerweile sogar mit einem Zuwachs um stolze 3,6 %.

### **Good News – Bad News**

Oft übersehen bzw. verdrängt wird hierzulande bei aller Konjunktur-Begeisterung, dass sich die Neuschulden von Bund, Ländern und Gemeinden im ersten Halbjahr 2010 gegenüber dem Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt haben. Grund sind die hohen Kosten der Wirtschafts- und Finanzkrise, die sich mit erheblicher Verzögerung in den öffentlichen Haushalten niederschlagen. Das Staatsdefizit hat sich in der ersten Jahreshälfte auf 42,8 Milliarden Euro summiert. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergab sich ein Fehlbetrag von 3,5 Prozent. Er lag damit deutlich über dem europäischen Grenzwert von drei Prozent. Obwohl die Sechs-Monats-Zahlen zu den höchsten der deutschen Nachkriegsgeschichte zählen, sind sie deutlich niedriger, als Experten noch zu Jahresbeginn befürchtet hatten. Zwar verbuchten alle staatlichen Ebenen sinkende Steuereinnahmen bei gleichzeitig steigenden Sozialausgaben. Die beiden Konjunkturprogramme sowie der anhaltende Boom vor allem in China haben ein noch höheres Haushaltsdefizit verhindert.

### **Echter Stresstest**

Auch bei den Banken ist die Welt definitiv noch längst nicht wieder in Ordnung. Der echte Stresstest steht noch bevor. So müssen die europäischen Institute – einer Barclays-Studie zufolge – bis Ende 2012 Anleihen im Wert von rund 1,5 Billionen Euro umschulden, also neu begeben. Außerdem müssen sie – ebenfalls bis Ende 2012 – Kredite in Höhe von 500 Mrd. Euro an die Notenbanken zurückzahlen. Auch deutsche Banken sprechen von steigenden Refinanzierungsrisiken. Als Königsweg zur Problemlösung sehen Insider die verstärkte Akquisition von Spareinlagen. Je mehr ausgereichte Kredite eine Bank über Kundengelder refinanzieren könne, desto robuster sei sie. Logische Folge: Der Kampf der Banken um das Einlagengeschäft dürfte noch härter werden.

### **Brüsseler Spitzen**

Bei der europäischen Kommission scheinen Spar-Appelle nur für andere zu gelten: Im nächsten Jahr will man mit 131 Mrd. Euro 6 % mehr ausgeben als 2010. Mit der

(von der Bundesregierung bisher abgelehnten) Einführung einer EU-Steuer wollen sich die Bürokraten direkten Zugriff auf die Bürger verschaffen. Alternativ will man Deutschland, den mit Abstand größten Netto-Zahler, noch stärker zur Kasse bitten. Nach ersten Hochrechnungen soll der deutsche Netto-Beitrag um bis zu 50 % auf jährlich 12 Mrd. Euro steigen. Gleichzeitig tobt der Kampf um die Besetzung hoch dotierter Posten, bei dem es offenkundig mehr auf politischen Proporz als auf Qualifikation der Bewerber ankommt. Für Irritation sorgt auch die muntere Lobby-Tätigkeit ehemaliger EU-Kommissare. So hat Günter Verheugen eine Beratungsfirma mit dem schönen Namen „The European Experience Company“ gegründet. Der vom EU-Parlament seit vielen Jahren geforderte, schärfere Verhaltenskodex ist bisher in den Gremien blockiert worden. Es gibt derzeit wohl keine andere politische Institution mit so dramatisch niedriger Akzeptanz in der Bevölkerung.

### **„Zigeuner-Schnitzel“**

In einem Polit-Blog hat sich kürzlich unter dem Künstler-Namen „Claudia Roth“ ein Satiriker mit folgendem Beitrag zu Wort gemeldet: „Im Namen und Auftrag der Partei Die Grünen und aller deutschen Gutmenschen teile ich mit, dass meine Partei kurzfristig das ‚Gesetz zu Verhinderung der Verbreitung sprachlicher Diskriminierung zum Schaden sozial benachteiligter Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland‘ (GVerhVerbrsprDiskrSsozbenMenmMigrHintinD) ins Parlament einbringen wird. Damit werden wir sicherstellen, dass die unverändert große, ungeteilte Begeisterung der Bevölkerung für unseren auch international vorbildlichen Multikulti-Lifestyle keinen Schaden nimmt. Doch wir Grüne reden bekanntlich nicht nur, sondern handeln auch. Bei meinen zahlreichen Restaurant-Besuchen muss ich immer wieder eine ebenso reaktionäre wie skandalöse Verlotterung der Gastronomie-Kultur feststellen. Wird doch auf zahllosen deutschen Speisekarten immer noch das „Zigeuner-Schnitzel“ angeboten. Wir fordern hiermit die Verantwortlichen im Namen aller gerecht und billig denkenden Migranten auf, bis spätestens morgen Mittag von dieser unerträglichen, menschenverachtenden Praxis Abstand zu nehmen und sämtliche Speisekarten zu korrigieren in „Sinti-Schnitzel“. Bei Nichterfüllung werden wir zum Boykott der sprachlichen Diskriminierer aufrufen und rechtliche Schritte wegen Verächtlichmachung geschätzter Mitbürger einleiten.“

Ausgabe November 2010

### **Auf der Bühne**

Der Aufschwung habe Flügel bekommen, hat der Wirtschaftsminister im Bundestag erklärt. In Bayern und Baden-Württemberg gebe es quasi Vollbeschäftigung. Die Wirtschaftsforscher haben ihre BIP-Prognosen für 2010 auf bis zu 3,5 % angehoben. Der Krisen-Ökonom Max Otte vertritt die Meinung, die deutsche Wirtschaftskraft werde den Euro in den nächsten drei bis fünf Jahren stabil halten. Die konjunkturelle Erholung schlägt sich auch im Geldbeutel der Bundesbürger nieder. So sind die Löhne im zweiten Quartal 2010 preisbereinigt (!) gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 2,3 % gestiegen, was das Konsumverhalten zur Freude des Einzelhandels aktiviert.

### **Hinter der Bühne**

Viele Medien schließen aus der derzeitigen konjunkturellen Rückkehr zur Normalität, dass die globale Finanz- und Wirtschaftskrise beendet sei. Von der breiten

Öffentlichkeit gar nicht mehr wahrgenommen werden die anhaltenden supranationalen Bemühungen, den Staatsbankrott einzelner Länder mit der Gefahr verheerender Kettenreaktionen zu verhindern. Hinter den Kulissen werden die sogenannten PIGS-Staaten Portugal, Irland, Griechenland und Spanien immer wieder mit erheblichen Mitteln alimentiert, um den Dammbuch zu vermeiden. Eine neue IWF-Studie, die Staatsbankrotte in entwickelten Volkswirtschaften – so wörtlich – für „unnötig, nicht wünschenswert und unwahrscheinlich“ hält, klingt wie das vorsätzliche Pfeifen im dunklen Wald. Der frühere Bundesbanker Karl Otto Pöhl merkt an, der Rettungsschirm für den Euro-Raum verstoße gegen Geist und Buchstaben der Währungsunion: „Wir wollten nie eine Transferunion – aber nun stecken wir mittendrin.“ Am Rande: Die heutigen Bundesbank-Vorstände müssen wahrscheinlich vor dem Bundesverfassungsgericht zum 750 Mrd. schweren Rettungsschirm aussagen. Der Kläger Gauweiler hat seine Verfassungsbeschwerde damit begründet, dass sich die europäische Währungsunion ohne hinreichende rechtliche Grundlage zu einer „Haftungs- und Transferegemeinschaft“ entwickle.

### **Bröckelnde Bastion**

Kuba galt bisher bei deutschen Linken als letzte Bastion des historisch unaufhaltsam siegreichen Kommunismus. Für diese Leute muss eine Welt zusammengebrochen sein, als Fidel Castro kürzlich die Frage eines Journalisten, ob die Zuckerinsel ein vorbildliches Modell sei, so beantwortete: „Es funktioniert ja nicht einmal auf Kuba.“ Sein Bruder Raul, der 2006 die Regierungsgeschäfte übernommen hatte, hat immer wieder öffentlich die chronische Unwirtschaftlichkeit des Systems beklagt. Kuba sei der einzige Ort auf der Welt, wo man es nicht nötig habe, zu arbeiten. Laut „Spiegel“ muss das Land, dessen Felder kaum noch Erträge liefern, inzwischen 80 % der benötigten Lebensmittel importieren. Angesichts der Krise hat die Regierung des 11,2 Mio. Menschen zählenden Staates angekündigt, eine Million Beamte zu entlassen. Außerdem wolle man „Unternehmen mit aufgeblasenen Belegschaften und Verlusten“ nicht weiter aufrechterhalten. Es sei nicht länger möglich, „auf unbestimmte Zeit Arbeiter zu schützen und zu unterstützen“. Zur Verbesserung der Produktivität setzt man nun auf das selbständige Unternehmertum. Geplant ist die Ausgabe von zunächst 250.000 Lizenzen für kleine Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe.

### **Nach Belieben**

Die Balkanisierung des deutschen Geschäftslebens schreitet fort. Das gilt besonders für geschlossene Fonds, wo Seriosität nicht mehr als selbstverständlich vorausgesetzt werden kann. Da versucht eine Bremer Schiffsbeteiligungsgesellschaft, den unerwünschten Antrag eines Gesellschafters zu torpedieren, indem sie der Gesellschafterversammlung die mitgelieferte Begründung – und damit auch die Plausibilität des Antrags – bewusst vorenthält. Daraufhin stellt der Gesellschafter beim Landgericht Bremen den Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung, um die Schaffung vollendeter Tatsachen zu verhindern. Doch der Antrag wird mit der abenteuerlichen Begründung abgeschmettert, dass es im Ermessen der Fondsgeschäftsführung liege, ob man Anträge mit oder ohne Begründung an die Gesellschafter zur Abstimmung weiterleite. Diese exotische Rechtsauffassung lädt Strippenzieher jeder Art zur missbräuchlichen Manipulation ein, da sie missliebige Anträge so nach Belieben in Leere laufen lassen können.

### **„Helden helfen“**

Seit 145 Jahren dient Deutschlands älteste und honorigste Bürgerinitiative dem



Gemeinwohl. Gemeint ist die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS), die als eindrucksvolle Verbindung von Bürgersinn und Bürgermut – ohne jegliche staatliche Alimentierung – mit 54 Stationen die Seenotrettung an Nord- und Ostsee sicherstellt. Beteiligt sind 186 fest angestellte und rund 800 ehrenamtliche Besatzungsmitglieder, die mit großem Engagement auf 61 Seenotrettungskreuzern und Rettungsbooten ihren oft gefährlichen Dienst tun. Die äußerst effiziente Organisation, die sich ausschließlich durch freiwillige Spenden und Zuwendungen finanziert, gilt zurecht als Vorbild in einer Zeit, in der Kennedys Appell „Fragt nicht, was der Staat für Euch tun kann, sondern fragt, was Ihr für die Gemeinschaft tun könnt!“ weitgehend in Vergessenheit geraten ist. Wer selbst einmal in schwerer See unterwegs war, weiß zudem den persönlichen Mut der Besatzungen zu schätzen, die auch im Orkan rausfahren, wenn andere Schutz hinterm Deich suchen. ([www.seenotretter.de](http://www.seenotretter.de))

Ausgabe Dezember 2010

### **Auf dünnem Eis**

„Die Märkte boomen, die Krise bleibt“ – so brachte die „Wirtschaftswoche“ Anfang November das widersprüchliche Geschehen auf den Punkt. Vor allem die aktuelle Kursentwicklung an den Börsen scheint derzeit die nur vertagten und verdrängten Risiken der globalen Finanzkrise schlicht auszublenden. So hat die jüngste 600 Mrd. Dollar umfassende Geldmarktflutung der amerikanischen Notenbank den Dow Jones auf den höchsten Stand seit Ausbruch der Krise getrieben. Bei Wirtschaftswissenschaftlern und -politikern hat der erneute Kauf eigener Staatsanleihen dagegen zusätzliche Ängste ausgelöst. Der Krisen-Ökonom Max Otte sieht darin „eine Verzweiflungstat, die die schockstarre US-Wirtschaft vor dem Crash bewahren“ solle. Offenbar setzt die Fed mittlerweile bewusst auf deutlich höhere Inflationsraten, um die extrem hohen Staatsschulden zu entwerten und so auf Sicht abzubauen.

### **QE**

Ein neues Kürzel bewegt weltweit die geldpolitischen Debatten: Mit QE ist nicht die englische Königin gemeint, sondern das Quantitative Easing, die quantitative Lockerung. Das Verfahren gilt als Notlösung, wenn die üblichen Instrumente zur Konjunktursteuerung nicht mehr die angestrebte Wirkung entfalten. So liegt der Leitzins in den USA seit Ende 2008 nur noch knapp über der 0 %-Marke. Der deutsche Finanzminister hat die amerikanische Geldpolitik als „trotlos“ bezeichnet. Die USA seien ratlos. Das Land habe gar kein Liquiditätsproblem. Man bediene sich untauglicher Mittel und schaffe weltweit zusätzliche Probleme. Die Krise lasse sich nicht durch eine ständige Ausweitung der Staatsdefizite lösen. Tatsächlich hat die US-Notenbank die US-Wirtschaft seit 2009 mit rund zwei Billionen Dollar aufgepumpt. Zweifelhaft ist, inwieweit dieses Geld die Konjunktur ankurbelt und neue Arbeitsplätze schafft. Offensichtlich ist das billige Geld bisher nicht vorrangig – wie gewünscht – für Bankkredite zur Investitionsfinanzierung von Unternehmen genutzt worden, sondern auch von Spekulanten zum Anheizen neuer Blasenbildungen. Ein chinesischer Ökonom fürchtet importierte Inflation, weil die USA durch ihre expansive Geldpolitik ihre Probleme exportierten. Und in der Tat: Zunehmender Protektionismus würde den „Währungskrieg“ verschärfen und den Welthandel lähmen.

### **„Mittelfristig prüfen“**

Auch die Europäische Union setzt bei der Krisenbewältigung eher auf das Prinzip Hoffnung als auf wirksame Struktur-Reformen. Die ehrenwerten Verhandlungsziele der Bundesregierung zur Verschärfung des Stabilitätspakts sind beim EU-Gipfel Ende Oktober de facto auf dem Altar der Einstimmigkeit geopfert worden. War der automatische Sanktionsmechanismus für Defizitsünder, den die Bundesregierung noch im Mai als Voraussetzung für ihre Zustimmung zum 750 Mrd.-Rettungsschirm bezeichnet hatte, schon beim Vorabtreffen von Angela Merkel mit Sarkozy von der Agenda gestrichen worden, so stieß auch die verbliebene deutsch-französische Polit-Schnittmenge bei den meisten anderen EU-Ländern auf beinharte Ablehnung. Ausgerechnet der griechische Ministerpräsident verwahrte sich „gegen jede Diskussion über die Aussetzung von Stimmrechten“. Letztlich einigte man sich darauf, „mittelfristig zu prüfen und zu diskutieren“, ob notorischen Schuldenmachern, die dauerhaft die Stabilität des Euro als Ganzes gefährden, bei Fragen zur Wirtschafts- und Währungsunion die Stimmen entzogen werden können. Dieser pseudo-diplomatische Kompromiss lässt wenig erhoffen. Während die Bundeskanzlerin die nahezu beliebige Erklärung als Durchbruch für die eigene Stabilitätspolitik reklamierte, erklärte der luxemburgische Premier süffisant grinsend vor den TV-Kameras, die deutsche Initiative sei jetzt erst mal auf die lange Bank geschoben.

### **„Kein zweites Mal“**

Als „noch nicht selbsttragend“ hat der Bundesbankpräsident die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland bezeichnet. Das Wachstum werde sich in der zweiten Jahreshälfte 2010 abschwächen. Die Binnenwirtschaft brauche jetzt die Finanzierung von Investitionen durch Banken. Weber kritisierte außerdem den Sachstand beim EU-Stabilitätspakt. Er hätte sich eine „stärkere Härtung des Regelwerkes gewünscht“. Der Kompromiss werde dem Ernst der Lage nicht gerecht. Weber warnte davor, dass sich weder Deutschland noch die Euro-Zone eine weitere Krise leisten können. „Wir würden eine solche Aktion nicht noch einmal für das Kreditwesen in Deutschland hinbekommen“, sagte er mit Blick auf die milliardenschweren Rettungspakete und Bürgschaften für den Bankensektor. Das gelte auch für die riesigen Rettungsschirme für Griechenland und andere stark verschuldete Staaten.

### **„Scheinbar schlüssig“**

Insolvenzverwalter haben in Krisenzeiten bekanntlich viel zu tun. Weniger bekannt ist, in welchen Honorar-Dimensionen sich dieser Berufsstand bei großen Verfahren tummelt. So stellte der Karstadt-Insolvenzverwalter Klaus-Hubert Görg für die (vorläufige) Rettung der Warenhäuser insgesamt 43,4 Mio. Euro in Rechnung. Im Sommer 2009 hatte der „Retter“ bereits 6 Mio. Euro berechnet und Aufträge in Höhe von 5,1 Mio. an seine eigene Kanzlei vergeben. Weitere 32 Mio. sind im Oktober 2010 als Schlussrechnung vom Amtsgericht Essen bewilligt worden. Medien sprechen von „Selbstbedienung“. Und der als Insolvenzspezialist bekannte Rechtsprofessor Hans Haarmeyer merkt an: „Das System erlaubt es, nahezu jede beliebige Vergütung scheinbar schlüssig zu begründen.“